

## **Änderungsanträge AKL-Bundessprecher\*innenrat an den Leitantrag als Antrag an den AKL Länderrat am 20.9. in Kassel:**

1. Zeile 4f wird wie folgt verändert und ergänzt:

Die Corona-Pandemie hat ~~das Land nicht nur~~ in die tiefste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ~~ausgelöst~~ **gerissen. Sie trifft auf einen überalterten Kapitalismus mit Vorerkrankungen. Die Klimakrise, deren Überwindung ihrerseits schwere Eingriffe in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erfordert, wird durch diese neue Krise verschärft. Gleichzeitig steht die kapitalistische Industrieproduktion in allen Hauptsektoren der Weltwirtschaft in oder vor einer nächsten konjunkturellen Überproduktionskrise. Und schließlich ist die letzte Krise von 2008 immer noch nicht überwunden. Produktionsniveau und Wirtschaftswachstum sind weltweit immer noch im Krisenmodus. Die Folgen für die Arbeiter\*innenklasse werden sein: Betriebsschließungen, Massenentlassungen und spätestens nach den nächsten Bundestagswahlen neue Sparpakete. Wie erfolgreich Unternehmen und Bundesregierung darin sein werden, die Krisenlasten auf Lohnabhängige, Erwerbstätige und Rentner\*innen abzuwälzen, hängt von der Frage ab, ob es gelingt, gesellschaftlichen Widerstand aufzubauen und zentrale Forderungen nach Umverteilung von Oben nach Unten und substantielle Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen. Durch die Corona-Krise haben die Menschen ~~haben~~ am eigenen Leib erfahren, wie krisenanfällig das kapitalistische System ist und wie abhängig uns die globalen Produktions- und Lieferketten machen.**

2. In Zeile 36/37 wird geändert/ergänzt:

Jetzt brauchen wir beherzte Schritte darüber hinaus: Bauen wir Brücken für einen sozial-ökologischen ~~Politikwechsel~~ **Systemwechsel. Ein System, das auf Profit, Konkurrenz, Ungleichheit, Krieg und Umweltzerstörung basiert, können wir uns nicht leisten. Soziale Sicherheit für alle, eine echte globale ökologische Wende, dauerhaften Frieden wird es nur geben, wenn das System vom Kopf auf die Füße gestellt wird: statt für Profit muss demokratisch für den Bedarf von Mensch und Natur produziert werden. Wir stehen für: System change – not climate change!**

3. Redaktionell: der folgende Satz in Zeile 38 wird gestrichen, es handelt sich um einen Fehler im Antragsheft, da der Parteivorstand diesen Satz mehrheitlich beschlossen hat zu streichen:

Solange die Union in der Bundesregierung ist, wird jeder soziale und ökologische Fortschritt blockiert.

4. Der Absatz in den Zeilen 39-52 wird wie folgt geändert:

Die Regierungen der vergangenen zwei Jahrzehnte – ob rot-grün, schwarz-gelb oder schwarz-rot – haben alle die Militarisierung der Außenpolitik vorangetrieben und die Bundeswehr als weltweite Einsatzarmee aufgerüstet. Sie haben soziale und ökologische Zugeständnisse – Mindestlohn und Atomausstieg – nur auf Druck von Bewegungen gemacht. ~~SPD und Grüne müssen sich entscheiden, ob sie die CDU in der Regierung halten wollen oder für einen sozial-ökologischen Politikwechsel und für eine echte Friedenspolitik stehen.~~ Ein sozial-ökologischer Politikwechsel erfordert, dass SPD und Grüne sich von ihrer bisherigen politischen Praxis verabschieden. **Sollten SPD und Grüne ihre Versprechen aus dem Wahlkampf ausnahmsweise ernst meinen und den Mindestlohn erhöhen oder eine höhere Besteuerung von Reichen durchsetzen, können sie immer auf die Stimmen der LINKEN zählen. Wir nehmen jedoch zur Kenntnis, dass in den Landesregierungen, an denen SPD**

**und Grünen beteiligt sind wie beispielsweise in Hamburg, Baden-Württemberg oder Hessen, das Gegenteil von dem betrieben wird, was sie versprochen haben.** Die SPD muss sich entscheiden, ob sie die CDU am Ende wieder in der Regierung bestätigen will oder ob ihre Abkehr von der Agenda Politik nachhaltig wird. Die Grünen müssen bedenken, dass eine progressive Klimapolitik nicht auf Kosten der Beschäftigten, der Rentner\*innen und Menschen mit geringem Einkommen gehen darf. Mit der CDU gibt es keine Abkehr von der Agenda Politik und keinen sozial gerechten Klimaschutz. **Starke Bewegungen, Proteste, kämpferische Gewerkschaften und eine starke LINKE ist sind** die einzige Garantie dafür, dass in unserem Land die Türen für soziale und ökologische Gerechtigkeit aufgestoßen werden und die Unionsparteien nach der Ära Merkel in die Opposition gehen.

5. Nach dem folgenden Absatz in Zeilen 97-102:

Schaffen wir den Ausweg aus den Sackgassen des fossilen Kapitalismus und des Klimawandels, schaffen wir den Einstieg in eine andere Art des Wirtschaftens und des Zusammenlebens? Wie die Welt nach Corona, nach der Wirtschaftskrise aussieht, dafür werden jetzt die Weichen gestellt. Wir müssen dafür sorgen, dass der Sozialstaat, dass die sozialen und öffentlichen Strukturen und Dienstleistungen und die wirtschaftlichen Grundlagen so aufgestellt sind, dass sie diese Herausforderungen meistern können und die Krisen nicht ungebremst im Leben der Menschen durchschlagen.

Wird eingefügt:

**Notwendige Voraussetzung für all das ist die Überführung der großen Konzerne und Banken in öffentliches Eigentum – demokratisch kontrolliert und ausgerichtet am Gemeinwohl. Nur eine sozialistische Gesellschaft wird eine dauerhafte Garantie des Sozialstaats ermöglichen.**

6. In Zeile 330 wird eingefügt:

Angesichts der globalen Herausforderungen – Klimawandel, Handelsstreit, bewaffnete Konflikte – wird **ein** anderes, solidarisches **Europa** EU gebraucht, die **das** für Wohlstand und Einigung steht. **Die heutige EU ist im Wesentlichen ein Vertragswerk kapitalistischer Staaten, um ihre wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen durchzusetzen. Der Lissabon-Vertrag von 2007 schreibt die Verpflichtung zu weiterer Aufrüstung und engerer militärischer Zusammenarbeit fest. Neben Aufrüstung sind auch Neoliberalismus und mangelnde Demokratie in die DNA der EU-Verträge eingeschrieben. Deshalb müssen die primärrechtlichen Grundelemente der EU vollständig revidiert werden (Erfurter Programm DIE LINKE).**

7. *To do: nach Zeile 429 soll es eine Ergänzung des PVs zur Polizei geben. Der neue BSPR wird beauftragt auf Grundlage des bisherigen Änderungsantrags von Thies und Lucy im PV etwas dazu zu beantragen und vor Antragsschluss der Änderungsanträge einzureichen:*

*Die Polizeigesetze der letzten Jahre der Bundesländer, die die Polizei mit mehr Befugnissen ausgestattet haben, müssen zurückgenommen werden. Beamt\*innen, denen rassistisches, sexistisches oder homophobes Verhalten nachgewiesen wird, müssen entlassen werden. Wir treten ein für die Auflösung von Sondereinheiten wie SEK, GSG9 und BFE, das Verbot des Einsatzes von V-Leuten und Provokateuren auf Demonstrationen, keinen Einsatz der Polizei bei Streiks, eine Abrüstung der Polizei wie beispielsweise die ersatzlose Abschaffung von Wasserwerfern und den Verbot des Einsatzes von Tränengas und Pfefferspray. Nötig ist eine demokratische Kontrolle der Polizei, je dezentraler umso besser.*

*Wir sind für die Auflösung der Ämter für Verfassungsschutz.  
Wir streiten für eine sozialistische Gesellschaft, die nicht auf Ungleichheit und Spaltung basiert, eine Gesellschaft ohne Polizei und ohne Armeen.*

8. Die Zeilen 517/518 werden wie folgt verändert:

In allen Ländern, wo DIE LINKE an der Regierung beteiligt ist ~~oder regiert~~, haben wir uns für die humanitäre Aufnahme von Geflüchteten eingesetzt. **In allen Bundesländern wurde jedoch gleichzeitig abgeschoben. Wir bleiben dabei: DIE LINKE lehnt Abschiebungen ab.**

9. Gestrichen wird in Zeile 518 bis 521:

Wir senken in Bremen die Fahrpreise im ÖPNV und sorgen dafür, dass Strom und Wasser nicht abgeschaltet werden können, wenn die Rechnung nicht bezahlt werden konnte. Wir zeigen, dass eine Neufassung des Polizeiaufgabengesetzes auch die Rechte der Bevölkerung und die Antidiskriminierung stärken kann.

10. Am Ende von Zeile 524 wird eingefügt:

**Negativ bilanzieren wir, dass unter Rot-Rot-Grün in Berlin der Betrieb der S-Bahn an Private ausgeschrieben wird und der integrierte Betrieb womöglich zerschlagen wird. Ebenfalls negativ bilanzieren wir, dass im Gegenzug zum kurzfristigen Erhalt einiger Karstadt-Filialen ein Deal mit dem Immobilienkonzern Signa geschlossen wurde, unter anderem zur Durchsetzung des Umbaus des Hermannplatzes in Berlin-Neukölln. Auch die Räumung der Neuköllner Kiezkeipe Syndikat im Interesse des Immobilienkonzerns Pearls Global widerspricht diametral unserer Politik, die auf eine Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne drängt, anstatt ihnen den Weg frei zu machen. Beschäftigte in Tochterunternehmen wie der Charité Facility Management (CFM), denen im Koalitionsvertrag die Angleichung an den TVÖD versprochen wurde, arbeiten immer noch zu Niedriglöhnen.**

**In Bremen konnten viele unserer Vorhaben im Rahmen von r2g nicht durchgesetzt werden. Statt unserem Ziel eines kostenlosen ÖPNV näher zu kommen, wurden die Preise im ÖPNV 2020 um 1,6 Prozent erhöht, die swb (Stadtwerke Bremen) droht laut Verbraucherzentrale seit dem 30.6.2020 mit bis zu 9000 Strom- und Wassersperrungen, und die Polizei darf mit dem neuen Polizeigesetz mehr Telekommunikation abhören und mehr Videoüberwachung durchführen als früher. Trotz großem Augenmerk auf Klimafragen konnten wir die Ansiedlung einer Klärschlammverbrennungsanlage im Armenstadtteil Bremen-Oslebshausen nicht verhindern.**

**Wir nehmen uns vor, eine offene und faktenbasierte Bilanz der bisherigen Regierungsbeteiligungen auf Länderebene zu führen und nötige Schlüsse zu ziehen.**

*>> to do: der neue BSPR wird beauftragt, nach dem AKL Länderrat ein, zwei Sätze zur Regierungsbeteiligung in Thüringen zu formulieren und ebenfalls als Änderungsantrag einzureichen*

11. Der Satz in den Zeilen 537/538 wird wie folgt geändert:

Dafür braucht es eine starke LINKE ~~—sei es in der Opposition oder in der Regierung—~~ und ein breites Bündnis der gesellschaftlichen Bewegungen.

12. Die folgenden Zeilen 566 bis 569 werden gestrichen:

Das sind für uns die Maßstäbe, in eine Regierung einzutreten oder sie zu unterstützen. Wir stellen an Grüne und SPD die Frage, ob sie bereit sind, einen sozial-ökologischen und friedenspolitischen Politikwechsel einzuleiten, statt die CDU weiter an den Schaltstellen der Regierungsmacht zu belassen. DIE LINKE ist zu einem solchen Politikwechsel bereit.

13. In den Zeilen 581/582 wird gestrichen:

In der Opposition und in der Regierung.